

Heinz Stockinger

Raus aus Zwentendorf, rein in EURATOM

Am Ausgangspunkt steht eine nicht enden wollende Verwunderung: Der EURATOM-Vertrag, schon seit 1957 nicht angerührt, soll laut Entwurf des EU-Konvents nicht einmal im Zuge der ersten Verfassungsgebung für das gemeinsame, erweiterte Europa reformiert werden – und „alle“ schauen zu. Will heißen: nicht die Atomgegner. Aber alle Regierungen und fast alle Parlamentarier. Die These ist nicht sehr gewagt: Nicht einmal die Regierung des Landes mit einem „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ (1999) würde in den Verhandlungen um die EU-Verfassung das Thema auch nur anschneiden, wären da nicht die Atomgegner aktiv. Auf den ersten Blick scheint das noch nicht umwerfend ungewöhnlich: schließlich reagieren die Regierungen, anderswo wie hierzulande, meist nur auf Druck von „unten“. Dennoch, gerade langjährigen, illusionslosen Anti-Atom-Aktivisten drängt sich die Frage auf: Warum diese Stille um EURATOM in der EU-Verfassung? Diese Passivität der „Atomfrei“-Staaten? Dieses Geschehenlassen gegenüber dem Konventspräsidenten und Atomlobbyisten ersten Ranges, Valéry Giscard d'Estaing?!?

Mit „bloßen“ Industrielobbyinteressen ist das Ausmaß des Schweigens und der Untätigkeit zu EURATOM kaum erklärbar: die könnte man eingestehen, sie sind der Öffentlichkeit ohnehin bewusst. Es muß wohl mit uneingestandenen Beweggründen zu tun haben.

Eine einzige Kategorie von Gründen ist vorstellbar, die zum einen noch stärker sind als das üblicherweise ausreichende Gewicht der industriellen Atomlobby und zum anderen äußerst ungern offen diskutiert würden: **Beweggründe militärischer Natur.** Gründe, die man in Österreich noch weniger eingestehen will als in den anderen EU-Staaten, denn: erstens war dieses Land der erste Industriestaat mit ausdrücklichem Verzicht auf zivilen Atomenergieeinsatz; zweitens hat es eine besondere Tradition der militärischen Neutralität. Deshalb wäre der österreichischen Öffentlichkeit jegliche Teilhabe gar an militärischer Anwendung der Atomenergie noch schwerer vermittelbar als in „atomgewöhnten“ Ländern. Mehr noch: es scheint, als wollten viele in Österreich gar nicht wissen, an welcher Bestimmung der Zug, auf dem das Land hier mitfährt, letztlich landet. Die Volksvertreter nicht, aber durchaus auch so

mancher „kritische Bürger“ nicht: der Sprung aus dem „Atomfrei“-Status – zivil-atomfrei, nach frühem Ringen in den 1970ern; und militärisch-atomfrei „sowieso“ – hinein in die Teilhabe an einer Atomstreitmacht ist für das Selbstverständnis von Herrn und Frau Österreicher begreiflicherweise kaum verkraftbar. Jedoch: **die Weichen sind gestellt!**<sup>1</sup>

Sollen wir uns letztlich an atomarer Rüstung und an militärischer Atompolitik in der EU beteiligen – zumindest über deren Mitfinanzierung? Sollen wir einverstanden sein mit kontinuierlicher Uranbeschaffung aus Ländern der „3. Welt“ für militärische Zwecke der EU? Soll die große in Frankreich geplante Anlage zur Simulierung von Atomtests schlussendlich das Fundament für die ständige Entwicklung neuer oder verbesserter Atomwaffen für die EU-Verteidigung werden? Beobachten die Regierungen nichtnuklearer Staaten in Wirklichkeit mit Genugtuung, wie all dies und mehr vorbereitet wird – (a) weil sie kaum gegen die militärischen Atomkräfte Frankreich und Großbritannien aufzustehen wagen; und (b) weil sie im Grunde ohnehin eine Supermacht Europa herbeiwünschen, die mit den USA rivalisieren kann, und sich ein solches Europa daher nicht anders vorstellen können als mit ähnlichem nuklearem Bedrohungspotential und mit der entsprechenden Infrastruktur in Wissenschaft, Industrie, Militär und Finanzen ausgestattet?

Aus der dazu existierenden Indizien-Kette aus Aussagen von hohen Militärs, Regierungsmitgliedern und regierungsnahen Instituten ein maßgebliches Beispiel: Der mächtigste Mann der EU (damals noch EG), Kommissionspräsident Jacques Delors, stellte schon bei den „Rencontres internationales pour l'Europe“ im Jänner 1992 in Paris die nur rhetorische Frage, „warum nicht eines Tages, wenn es eine sehr starke europäische Union gibt, dieser politischen Autorität die Atomwaffe übertragen werden sollte“.

Je näher es rückt, umso weniger sprechen jedoch Politiker und Medien von Europa als atomar gerüsteter Weltmacht. Diese schon angedeutete Tabuisierung bedingt, dass man offenen Aussagen dazu (a) eher im Gestern als im Heute und (b) eher anderswo als in Österreich auffindet.

Die Aufholjagd gegenüber den USA lässt ganze Phalanxen von EU-Politikern in nationalen wie in EU-Institutionen die Notwendigkeit gemeinsamer Militärpolitik und Rüstung beschwören. Auffällig dabei – aber quasi „logisch“: das Wort „atomar“, nuklear“ tritt dabei so gut wie nicht in Erscheinung.

---

<sup>1</sup> Siehe dazu: PLATTFORM NEWS 1/2004, SS. 1 – 3. Hrsg. Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).

Die Polit-, Militär- und PR-Strategen wissen, dass „gemeinsame Atomstreitmacht“, „europäische Kernwaffen“, „EU-Atombombe“, „Atomtestanlagen für die gemeinsame europäische Verteidigung“ bei Millionen von Europäern augenblicklich und nachhaltig ganz andere Assoziationen wecken würden als „europäisches Sicherheitsbündnis“, „europäische Solidarität bei der Verteidigung“ und ähnliches.

### **Bedeutung für die Perspektiven eines Atomausstieges**

Und eben deshalb sollten wir die eingangs gestellten Fragen nicht vergessen. Denn man kann zwar das genaue Ausmaß nicht vorhersagen, sicher ist aber, **dass bei einer gemeinsamen EU- Atomstreitmacht die zivile Atomenergienutzung in der EU festgeschrieben ist.**

Es würde den meisten Entscheidungsträgern ja geradezu dumm vorkommen, Plutonium in eigenen militärischen Reaktoren zu erzeugen, wenn man es aus Kraftwerken kriegen und gewinnen kann – „zwei Fliegen mit einer Klappe“. Und es wäre tatsächlich dumm, solche militärischen Zwecke nicht so lange wie möglich hinter der trefflichen Abschirmung ziviler – „friedlicher“! – Atomkraft zu verbergen. Für all jene, die dennoch und immer noch bezweifeln, dass eine derartige Aussicht realistisch ist, gibt es dieses unübertreffliche Vorwort zu „30 Jahre Erfahrung mit Euratom – Die Geburt eines nuklearen Europa“ von Admiral Pierre Lacoste, Präsident der Fondation pour les Etudes de Défense Nationale und einer der höchstrangigen französischen Militärs:

**„(...) Wird Europa seine Ängste und Aberglauben überwinden können und fähig sein, auf dem Weg der Einheit hin zu einer völligen Beherrschung der Kernenergie fortzuschreiten? In ihrer militärischen Form ist sie zweifellos berufen, noch auf Jahre hinaus eine unersetzliche Rolle zu spielen – indem sie jeglichen potentiellen Aggressor daran hindert, einen bewaffneten Konflikt in Europa zu beginnen. In ihrer industriellen Form vermag sie uns den Zugang zu unerschöpflicher Energie zu garantieren – die oberste Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand und damit Frieden.“**

In den frühen 1990igern bestand einige begründete Hoffnung auf bescheidenen, aber kontinuierlichen Fortschritt in der nuklearen Abrüstung. Demgegenüber kehren die Reaktionen der EU-Strategen im Gefolge des Irakkriegs („die gemeinsame

Verteidigung beschleunigen“, „zu den USA endlich aufschließen“...) zur Erwartung von Admiral Lacoste zurück, dass die Nukleararsenale „auf Jahre hinaus einen unersetzliche Rolle spielen“ werden.

Was wiederum so sicher wie das Amen im Gebet sich in Unterstützung für die zivile Atomanwendung niederschlägt.

Und genau diesem Ziel steuert die „Renaissance der Kernenergie“ jetzt sichtbar zu.

#### **Nachsatz:**

**Die hier angestellte Analyse hätte die Öffentlichkeit längst wahrnehmen können: wenn die politisch Verantwortlichen und größere Medien sie zur Kenntnis genommen und breiter diskutiert hätten. Sie alle erhielten beispielsweise die „Plattform News“ 1/2004, die diese österreich-spezifische EURATOM-Problematik zum Schwerpunkt hatte. Gravierender noch: im wesentlichen wurde obige Perspektive bereits 1993 in der „EURATOM-Broschüre“ des Atomgegner-Dachverbands Anti Atom International (AAI) veröffentlicht. Deren Titel und Untertitel „Atomstaat – Zweiter Anlauf? Die zivile und militärische Integration Österreichs in die Europäische Atomgemeinschaft“ bewahrheitet sich seither Wort für Wort. Zuletzt Anfang 2006 durch die erste maßgebliche österreichische Stimme pro EU-Atombewaffnung vom Vordenker im Verteidigungsministerium, Sektionschef Erich Reiter.**

**Vor der Volksabstimmung über den EU- und EURATOM-Beitritt Österreichs wurden Information und Diskussion über eben diese vorausgesagte Tendenz jedoch verweigert und verriegelt. Und werden es im Grunde bis zum heutigen Tag. Das ist es, was die Regierenden aus dem Sieg der Bürgerbeteiligung 1978 in der Volksabstimmung über Zwentendorf „gelernt“ haben...**